

Angenommene Anträge SPD-Kreisparteitag am 5. Juli 2014 in Schafflund

A 1 – Situation Ansiedlung von Firmen entlang der BAB A 7

- Materialantrag an den Kreisvorstand zur Erarbeitung eines Antrags für den nächsten Landesparteitag

B 1 – Zukünftige Lehrerausbildung und Stärkung der Universität Flensburg

- Der Antrag wurde angenommen und wird an die Landesregierung weitergereicht

B 2 – Kinder haben ein Recht auf gute Bildung (100%ige Unterrichtsversorgung)

- Der Antrag wurde angenommen und wird an die SPD Landtagsfraktion, den SPD-Landesvorstand und an die Landesregierung weitergeleitet

EU 2 – Ablehnung des Freihandelsabkommens zwischen den USA und der EU TTIP, TISA und andere

- Der Antrag wurde mit Ergänzungen und Änderungen angenommen und an den SPD-Parteivorstand, an die SPD-Bundestagsfraktion und an die SPD-Abgeordneten im EU-Parlament weitergereicht

F 1 – Gesetzliche Begrenzung des Dispozinses

- Der Antrag wurde angenommen und wird an alle SPD-Ebenen weitergereicht

M 1 – Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, keine Ausnahmen beim Mindestlohn

- Der Antrag wurde angenommen und wird an den Landesparteitag und Bundesparteitag weitergereicht

Neu 1 – Neumitgliederkonzept für den SPD Kreisverband Schleswig-Flensburg

- Der Antrag wurde angenommen und der Kreisverband wird beauftragt, ein Neumitgliederkonzept zu entwickeln

Antrag P 1 – Ablehnung einer Pflegekammer in Schleswig-Holstein

- Der erste Absatz ist durch Annahmen des Antrages P 5 erledigt und der Kreisvorstand wird beauftragt, einen Antrag für den Landesparteitag zur Einführung einer Bürgerversicherung in der Pflege zu erarbeiten

Antrag P 2 – Ablehnung einer Pflegekammer

- Der Kreisvorstand wurde aufgefordert, einen Antrag hinsichtlich Personalausstattung, Pflegeausbildung und Bürgerversicherung in der Pflege für den Landesparteitag zu erarbeiten

Antrag P 5 – Ablehnung einer Pflegekammer in Schleswig-Holstein

- Der Antrag wurde angenommen mit einigen redaktionellen Änderungen und wird an die SPD-Fraktion im Kieler Landtag, dem SPD-Landesvorstand und an den Landesparteitag weitergeleitet.

Initiativantrag – Ausnahmsloses Verbot sämtlicher Formen von Fracking

-Der Antrag wurde einstimmig angenommen und an die SPD-Bundestagsfraktion und an den SPD-Parteivorstand weitergeleitet